Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 18. September 2026 | Nr. 38 | 68. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Fehlende Achtung des Wählerwillens
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Grüne Fantasien verspotten die Realität
von Tobias Infortuna
Seite 3

Aktuell
Die Gegner haben keine Argumente
von Christoph Blocher
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Von Mitte-Politikerin als Rassist beschimpft
von Roger Bartholdi
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Brunch mit Alt Bundesrat Ueli Maurer
Seite 8

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

Kein Zwang zur Sterbehilfe

Am 27. September 2026 stimmt die Zürcher Bevölkerung über den Gegenvorschlag zur Sterbehilfe-Initiative ab. Dabei ist eines besonders wichtig: Es geht nicht um ein Ja oder Nein zur Sterbehilfe. Assistierter Suizid ist in der Schweiz möglich und wird auch im Kanton Zürich bereits in sehr vielen Institutionen geduldet.

Wir sind überzeugt, dass Selbstbestimmung wichtig ist. Aber Selbstbestimmung darf nicht dazu führen, dass daraus ein Zwang für andere entsteht. Zumal der Gegenvorschlag des Kantonsrats weit über den Titel der Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen» hinausgeht.

Staatlicher Zwang ist unverhältnismässig

Das erste Argument, welches wir ins Feld führen möchten, betrifft die Frage der Verhältnismässigkeit. Braucht es überhaupt einen staatlichen Zwang? Assistierter Suizid ist heute bereits in der grossen Mehrheit (über 90 Prozent) der Zürcher Pflegeheime möglich. Somit streben die Befürworter eine unschweizerische Einheitslösung mit diesem Gegenvorschlag an. Es besteht kein flächendeckendes Versorgungsproblem,

«Wahlfreiheit bedeutet, auch zwischen unterschiedlichen Angeboten wählen zu können.»

das einen staatlichen Zwang in sämtlichen Institutionen rechtfertigen würde. Warum trotzdem ein Gesetz schaffen, das auch die wenigen Institutionen zwingt, die sich aus ethischen, religiösen oder konzeptionellen Gründen anders positionieren? Staatlicher Zwang – nur weil man es kann? Keine Toleranz gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden – hier zeigt der Sozialismus seine Fratze und die Verhältnismässigkeit bleibt auf der Strecke. Die Befürworter sind nicht bereit, den wenigen Institutionen, die einen assistierten Suizid in ihren Räumlichkeiten ablehnen, etwas Platz zu lassen.

Kein staatlicher Zwang soll die Wahlfreiheit einschränken

Die Befürworter des Gegenvorschlags argumentieren mit der Selbstbestimmung. Dieses Anliegen nehmen wir sehr ernst, aber Selbstbestimmung darf nicht nur in eine Richtung gedacht werden. Es gibt Menschen, die assistierten Suizid ausdrücklich befürworten und überall, auch in Psychiatrien, ermöglichen wollen. Dazu eine persönliche Anmerkung: Erst die intensiven Diskussionen in der vorberatenden Kommission konnten die Duldungspflicht in Psychiatrien und psychiatrischen Anstalten explizit ausnehmen. Es gibt aber auch Menschen, die bewusst in einer Gesundheitsinstitution leben möchten, die assistierten Suizid in ihren Räumen nicht zulässt. Beide Gruppen haben ein Recht auf Wahlfreiheit. Das zweite Argument für eine Ablehnung: Unterschiedliche Institutionen mit unterschiedlichen Haltungen sind kein Problem – sie schaffen erst eine echte Auswahl. Denn: Wahlfreiheit bedeutet nicht, dass überall dasselbe möglich sein muss. Wahlfreiheit bedeutet, auch zwischen unterschiedlichen Angeboten wählen zu können.

Schwierige Situation für Spitäler

Betroffen sind nicht nur Alters- und Pflegeheime, sondern auch alle Spitäler im Kanton Zürich. Menschen gehen ins Spital, weil sie medizinische Hilfe benötigen. Sie erwarten Behandlung, Pflege, Schmerzlinderung und Begleitung. Gerade schwerkranke und verletzliche Menschen müssen darauf vertrauen können, dass alles getan wird, um Leiden zu lindern und Perspektiven aufzuzeigen. Palliative Care spielt dabei eine zentrale Rolle. Unser drittes Argument für ein Nein ist die Frage: Muss der Staat tatsächlich jedes Spital verpflichten, seine Räume für assistierten Suizid zur Verfügung zu stellen?

Jetzt stellen Sie sich die belastende Situation vor, wenn Dritte – also spitalfremde Organisationen – für einen assistierten Suizid in den spitaleigenen Räumen geduldet werden müssen. Ich spreche hier nicht nur von Dignitas und Exit, denn es ist ein «lukrativer Markt» entstanden. Wie auch schon der «Tages-Anzeiger» am 23. März 2026 berichtete, wollen all diese Organisationen ihre Geschäfte machen.

«Diese Politik schafft eine neue belastende Situation für Personal und Patienten.»

Mit dem Gegenvorschlag müssen spitalfremde Anbieter geduldet und ihnen muss Zugang zu den Patienten gewährt werden.

Selbstbestimmung darf nicht dazu führen, dass daraus ein Zwang für andere entsteht. Bild: kein-zwang.ch

Stellen Sie sich dies einmal vor: Der Kunde liegt in einem Spitalzimmer (womöglich nicht alleine …). Dieser Drittanbieter wird dann vorsprechen, die nötigen Handlungen vornehmen und wenn das Geschäft (der assistierte Suizid) erledigt ist, werden Polizei und Staatsanwaltschaft eintreffen und im Spital ihre Abklärungen und den nötigen Rapport verfassen. Sie können mir nicht erzählen, dass solches Treiben von Personal und anderen Patienten unbemerkt bleibt. Eine neue belastende Situation entsteht in den Spitälern, wissentlich und willentlich von dieser Politik geschaffen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Mit dem Einverständnis des Spitals ist es schon heute möglich, aber eben nicht ohne Zustimmung des Spitals. Heute kann das Spital diesen Vorgang noch ablehnen und ein allfälliger Kunde würde aus dem Spital verlegt. Genau diesen Patiententransport will der Gegenvorschlag indes verhindern und den assistierten Suizid im Spital erzwingen.

Die entscheidende Frage dieser Abstimmung lautet deshalb: Soll der Staat alle privaten Pflegeheime sowie alle Spitäler dazu verpflichten, assistierten Suizid in ihren Räumlichkeiten zu dulden?

Wir sagen klar: NEIN.

Weitere Argumente im Video:

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Jetzt mitmachen und Abstimmungskampagne unterstützen: www.neutralitaet-ja.ch
Kein KRIEG.
JA
zur Schweizer Neutralität

Christoph Mörgeli

Kommunistischer Erziehungsjournalismus

Beim unfehlbaren «Tages-Anzeiger» hat Wirtschaftsredaktor Simon Schmid das endgültige Heilmittel gegen das Phantom des «Rechtspopulismus» entdeckt. Es handelt sich allerdings um ein Importprodukt aus den akademischen Elfenbeintürmen der amerikanischen Ostküste. Verpackt in die Worthülse einer deutschen Ökonomin namens Isabella Weber von der Universität Amherst, Massachusetts. Das Zauberwort lautet: «antifaschistische Wirtschaftspolitik».

Bisher dachten wir schlichten Bürger, die Marktwirtschaft bilde das Fundament unseres Wohlstands. Total falsch. Wenn man den linksintellektuellen Vordenkern lauscht, ist die freie Wirtschaft zutiefst «faschistisch». Weil das Volk blöderweise immer öfter Parteien wählt, die dem «Tages-Anzeiger» nicht passen, muss nun eben der Markt umerzogen werden.

Mit einem Rezept von bestrickender Schlichtheit – und so populistisch, wie es keinem «Rechtspopulisten» in den Sinn käme: Es ist der lupenreine alte Kommunismus – nur eben mit einem trendigen Antifa-Sticker auf der Verpackung. Der Staat soll alles richten – durch «Stabilisierung der Preise von Alltagsgütern wie Lebensmitteln, Energie und Mieten». Der Staat macht eine «aktive Industriepolitik» und investiert in «Fürsorge, in Gesundheits- und Care-Arbeit». Wer darf all das bezahlen? «Das Geld dafür sollen höhere Steuern für Reiche bereitstellen.»

Man nimmt einfach von jenen, die Produktionsmittel besitzen und Werte schaffen. So simpel funktioniert die antifaschistische Wirtschaft. Genau wie früher in der Sowjetunion, in der DDR und heute in Kuba: die staatliche Anmassung von Wissen statt des Wissens von Milliarden Marktteilnehmern. Wie wenn der Staat je über die notwendige Kompetenz verfügen würde, um Preise festzulegen. Jeder Preiseingriff zerstört das wichtigste Informationssystem der Wirtschaft. Während sich die Verlegerfamilie von Tamedia marktwirtschaftlich gesundstösst, dürfen ihre Journalisten vom Kommunismus träumen. Der Kommunismus mag für «Tagi»-Redaktoren eine gute Sache sein. Man soll ihn aber bitte auf einem anderen Planeten ausprobieren.

SESSIONSRÜCKBLICK 1. WOCHE

Herbstsession in Bern mit Themen EU, Armee und Asyl

Die Herbstsession ist wieder in vollem Gange. Im Nationalrat wird es eine ausserordentliche Session zu den Themen EU und Asyl geben, wobei auch viele wichtige Asylvorstösse zur Debatte stehen. Und zum ersten Mal debattiert der Ständerat über das höchst umstrittene Vertragspaket mit der EU. Das Parlament hat im Rahmen der Herbstsession zahlreiche weitere brisante Geschäfte auf der Traktandenliste. Dies gilt vor allem für den Ständerat.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Über 2000 Seiten Erläuterungen des Bundesrates zum Vertragspaket mit der EU haben die Kommissionen des Ständerats in den letzten Wochen bewältigen müssen. Für die Debatte darüber hat der Ständerat drei Sessionstage eingeplant. Unter anderem muss er beschliessen, ob die «Bilateralen III» dem obligatorischen Referendum unterstellt werden sollen. Dies hätte zur Folge, dass in einer Abstimmung sowohl das Volk als auch die Stände Ja sagen müssten, damit das Vertragspaket in Kraft treten könnte. Bei einer so gewichtigen Frage ist ein Ständemehr zentral, dies verlangt auch die Kompass-Initiative. Der riesige Vertrag muss auch im Nationalrat in allen zuständigen Kommissionen diskutiert werden und wird am Schluss hoffentlich abgelehnt, da er vor allem Nachteile für die Schweiz bringt.

Schulden für die Armee und Armeebotschaft

Die Armee ist in dieser Session zentral. Im Nationalrat stand diese Woche die Armeebotschaft 2026 auf dem Programm. Dabei geht es auch um die Beschaffung der F-35-Kampfflugzeuge. Der Bundesrat möchte zudem die Mehrwertsteuer während 12 Jahren um 0,5 Prozentpunkte erhöhen, um mit den Einnahmen Rüstungsgüter zu finanzieren. Gleichzeitig soll die Armee in diesem Zeitraum die Möglichkeit erhalten, Schulden zu machen. Die Landesregierung hat zu diesem Zweck einen neuen «Rüstungsfonds» ausgeheckt. Die sicherheitspolitische Kommission des Ständerats möchte die Laufdauer dieses Fonds gar auf 18 Jahre ausdehnen. Dafür beantragt sie dem Rat aber, die Mehrwertsteuer nur um 0,2 Prozentpunkte anzuheben. Schlussendlich ist es zentral, dass die Armee genügend Mittel hat. Die Verteidigungsfähigkeit muss unbedingt wiederhergestellt werden.

Entschärfte «Lex UBS»

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass das Scheitern der Credit Suisse klargemacht habe, dass die UBS-Muttergesellschaft ihre Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften künftig vollständig mit hartem Kernkapital unterlegen müsse. Nach Widerstand der UBS ist die Wirtschaftskommission des Ständerats jedoch mehrheitlich der Ansicht, die Grossbank würde dadurch zu stark eingeschränkt. Jetzt kommt es im Ständerat zum Showdown zwischen Finanzministerin Karin Keller-Sutter und denjenigen, welche die Kritik der UBS teilen. Schlussendlich wäre ein Kompromiss sinnvoll. Die UBS muss auch wirtschaftlich handlungsfähig und konkurrenzfähig bleiben. Ausserdem muss man eine weitere Krise unbedingt verhindern.

Eine halbe Milliarde für Freihandel

Der Nationalrat hat das vom Bundesrat ausgehandelte Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten in der Sommersession abgelehnt. Den Ausschlag gegeben haben dürfte, dass der Rat abgelehnt hat, der Landwirtschaft 880 Millionen Franken als Ausgleich zu bezahlen. Die aussenpolitische Kommission des Ständerats will das Abkommen retten und beantragt ihrem Rat nun als Kompromiss, die Schweizer Bäuerinnen und Bauern mit 517 Millionen Franken zu unterstützen. Dieser Kompromiss kam nun im Ständerat durch.

Lehren aus der Corona-Pandemie

Mit einer Teilrevision des Epidemiengesetzes verlangt der Bundesrat unter anderem die Kompetenz, schweizweite Massnahmen wie etwa eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr selbst beschliessen zu können. Auch soll der Bund medizinische Güter herstellen dürfen, wenn Kantone oder Private dazu nicht mehr in der Lage sind. Die Gesundheitskommission des Ständerats möchte den Bundesrat hingegen zurückbinden und auch seine Pläne zum Impfobligatorium präzisieren. Das Epidemiengesetz geht zu weit, der Bundesrat muss klar zurückgebunden werden. Die SVP war auch die einzige Partei, die damals die übertriebenen Massnahmen bekämpft hat.

Wie üblich gibt es während der Herbstsession auch unzählige Abend- und Mittagsveranstaltungen durch Interessenorganisationen und Verbände wie den Baumeisterverband, den Verband Schweizerischer Inlandbanken, GastroSuisse und die IG Genuss. Auch viele Schulklassen und Besuchergruppen sind jeweils vor Ort.

Gerade in solch unsicheren Zeiten braucht die Schweiz eine starke Armee.
Bild: Adobe Stock

WÄHLERBESCHIMPFUNG ALS «DEMOKRATIE»

Fehlende Achtung des Wählerwillens

Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt eskalierte die politische Auseinandersetzung gleich an mehreren Fronten. Offenbar diskutierten Politiker von CDU, SPD, Grünen und Linken die verfassungsrechtliche Möglichkeit eines Bundeszwanges gegen die Wahlsiegerin AfD. Auch in der Schweiz versuchen Abstimmungsverlierer schon, das Wählervotum auszuhebeln.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Wenn man bei einer Landtagswahl verliert und dann das Resultat mit Bundeszwang wieder aushebelt, ist man auf Wählerbeschimpfung aus. Diese Unflätigkeiten setzen sich noch fort, wenn man weiss, wie viele Unzulässigkeiten es bei der Briefwahl in Sachsen-Anhalt gab. Doch der Bundeskanzler und der Bundespräsident schimpfen lieber über die AfD, anstatt das Land zu versöhnen.

Volksfrontregierung mit CDU

Wenn die CDU Wähler verliert, dann sind die Wähler schuld. «Wir verlieren einen erheblichen Teil von ihnen, weil sie das Vertrauen in die CDU und in die Fähigkeit der etablierten Politik verloren haben, ihre Probleme tatsächlich zu lösen», schreibt ein CDU-Ortsparteipräsident im Bundesland Brandenburg. Der Wählerwille wird indessen nirgends zur Kenntnis genommen. Nicht die klar stärkste Partei (AfD) erhält im Bundesland Sachsen-Anhalt den Regierungsauftrag. Die CDU bastelt lieber mit der Linken an einer Volksfrontregierung. Nachdem er in der Budgetdebatte auf die AfD-Fraktion traf, warf der Kanzler der AfD gar «ethnische Säuberung» vor.

Wenn man bei einer Landtagswahl verliert und dann das Resultat mit Bundeszwang wieder aushebelt, ist man auf Wählerbeschimpfung aus.
Bild: Adobe Stock

Freiheit und Demokratie

Die SVP wird immer wieder kritisiert, sie sei nicht demokratisch. «Die SVP ist nicht demokratisch» ist als Aussage nicht haltbar. Die SVP ist eine reguläre Schweizer Partei, nimmt an Wahlen teil, sitzt im Parlament und bekennt sich in ihren Statuten ausdrücklich zu «Freiheit und Demokratie». Bundesrat, Parlament oder Gerichte wollen angenommene Volksinitiativen teilweise nicht so umsetzen, wie sie vom Volk beschlossen wurden. Das kommt einer Aushöhlung der Demokratie gleich.

Demokratie und Rechtsstaat sind kein Gegensatz. Die Betonung des Volksentscheids ist nicht rechtsstaatsfeindlich. Der Souverän selbst hat die schweizerische Rechtsordnung geschaffen und kann deshalb auch über deren Weiterentwicklung entscheiden.

Geringschätzung des Volkswillens

Wer Wähler als undemokratisch bezeichnet, delegitimiert einen Teil des Volkes. Wenn Millionen Stimmberechtigte für SVP-Initiativen stimmen, kann man deren politische Haltung nicht einfach als «undemokratisch» abqualifizieren. Gerade die SVP verteidigt die Demokratie, weil sie den Entscheid des Volkes über denjenigen von politischen Eliten, Gerichten oder internationalen Institutionen stellt.

Wahlen und Abstimmungen können nur funktionieren, wenn sie korrekt organisiert werden und das Wahlresultat von allen akzeptiert wird. Das ABC der Demokratie müssen die Mächtigen immer wieder lernen. Das zeigen vor allem die Verhältnisse in Deutschland. Der Kanzler denkt über Bundeszwang nach. Am kommenden Sonntag sind in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin weitere Wahlen. Affaire à suivre …

«Unser wichtigstes Freiheitsrecht ist unser Stimm- und Wahlrecht.»

rw. Die frühere Bundesrätin Viola Amherd sprach mit ihrer Entourage bei der Kampfjet-Beschaffung immer wieder von einem Fixpreis. Die Geschäftsprüfungskommission hat jetzt die Beschaffung der F-35 überprüft. Sie kommt zum Schluss, dass in den Verträgen kein Pauschalpreis vereinbart worden war. Und Viola Amherd habe die Verhandlungen zu wenig eng geführt. Wohl am meisten ins Gewicht fällt das stetige Verschweigen der Mehrkosten. In der Wandelhalle wird rege über das Debakel diskutiert. Wenn der Bundesrat Verträge nicht liest, dann hat er vielleicht auch die EU-Verträge gar nicht gelesen …

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Grüne Fantasien verspotten die Realität

Treue Leser des «Zürcher Boten» wissen: Bei fast jeder zweiten Sitzung (gefühlt jeder Sitzung) des Kantonsrates geht es um das Klima. Am vergangenen Montag war es wieder so weit. Interessanter waren darum die Fraktionserklärungen zu aktuellen Geschehnissen.

Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Der Tag begann erfreulich: Gleich zwei Vertreter der SVP wurden glanzvoll mit 145 Stimmen ans Baurekursgericht gewählt: Marco Bühler und Martin Hirs. Anschliessend ging es um ein Klima-Postulat, das der Regierungsrat inzwischen erledigt hatte, indem Massnahmen für kühlere Schulzimmer geprüft worden waren. Externe Spezialisten hatten zwei Jahre lang Messungen zu Temperaturen und CO_2-Gehalt durchgeführt und dadurch herausgefunden, dass es im Sommer in den Schulzimmern manchmal heiss werden kann. Auf diese grandiose Erkenntnis konnte wirklich niemand kommen. Gut, dass für diese Spezialisten ein kleines Vermögen ausgegeben wurde. Peter Schick (SVP) wies darauf hin, dass normale Menschen das Fenster öffnen und lüften, wenn aufgrund des hohen CO_2-Gehalts die Luft stickig ist. Das geht auch ohne teure Experten.

Kluge Köpfe in Asien

Eine Sprecherin der Grünen sagte, dass es keine Hitze in den Schulzimmern gäbe, wenn man endlich gegen die Klimaerwärmung vorgehen würde. Natürlich, wenn wir in Zürich die Steuern auf Benzin erhöhen, nimmt die weltweite Temperatur noch heute ab. Dieses Postulat trug den hübschen Titel «Kühle kluge Köpfe in kantonalen Schulen». Der Fehler lag also bereits im Titel. Die Köpfe sind nämlich nicht mehr so klug wie auch schon. Deutlich zeigen das die letzte Woche veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Tests. Die Fraktionserklärung von SVP und FDP wies darauf hin, dass die Schweizer Schüler seit 15 Jahren immer schlechter abschneiden. Einerseits belasten die vielen fremdsprachigen Kinder den Schulalltag, andererseits versagen aber auch die neuen pädagogischen Konzepte. Schreiben nach Gehör, Lernen nach Lust und Laune und das integrative System, bei dem alle Kinder – von den gescheitesten bis zu den fremdsprachigen – in einem Zimmer sitzen, zeigen nun deutlich ihren Misserfolg.

Grüne Köpfe in Zürich

Die Grünen sahen das natürlich ganz anders. In ihrer Fraktionserklärung baten sie darum, nicht so negativ zu sein. Es sei doch alles bestens, die Schweiz liege in den vorderen Rängen. Vergessen ging allerdings, dass – ausser den asiatischen Nationen an der Spitze – alle Länder stets schlechter werden. Nur darum ist die Schweiz noch immer vorne dabei. Inhaltlich zwar falsch war die grüne Stellungnahme immerhin frei von Grammatikfehlern. Als Kantonsrat muss man lernen, am Montag jeweils schon mit wenig zufrieden zu sein.

Bei einer weiteren Fraktionserklärung der SVP und FDP ging es um den Wirtschaftsstandort Zürich. Unser Kanton hat die schweizweit höchsten Unternehmenssteuern. Die Bank Vontobel zieht weg und auch Zimmer Biomet kündigte an, gegen 700 Arbeitsplätze in die USA zu verschieben. Marcel Suter (SVP) betonte, dass Zürich unbedingt wieder attraktiver werden müsse.

Faire Köpfe in der Wirtschaft

Die linksgrüne Seite sah natürlich auch das völlig anders und bemühte in ihrer Fraktionserklärung die Kampf-Rhetorik aus der sozialistischen Mottenkiste. Der Regierungsrat wurde aufgefordert, Vereinbarungen mit den Unternehmen zu erarbeiten, damit diese einen fairen Beitrag leisten. Unter «fair» verstehen Linke noch mehr Geld für den Staat. Von den Steuermilliarden der Wirtschaft, die jedes Jahr die Staatskassen füllen, scheint die linke Seite noch nie gehört zu haben.

Am Schluss wurde noch der Raumplanungsbericht des grünen Baudirektors abgenommen. Mit noch mehr Verdichtung soll unser Kanton fit gemacht werden für noch mehr Zuwanderung. Wir kopieren die anonymen Hochhausstädte Asiens. Die asiatische Bildungsqualität hingegen kopieren wir nicht.

v.l.n.r.: KR Alexander Seiler, der neu gewählte Martin Hirs, der neu gewählte Marco Bühler, KR Marion Matter, KR Tobias Weidmann. Bild: zVg

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Wenn die Realität die linksgrünen Träumereien überholt!

Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbas

Der neue Raumplanungsbericht serviert uns eine unmissverständliche Realität: Bis 2055 wächst Zürich auf fast 1,9 Millionen Menschen – getrieben primär durch die anhaltende Zuwanderung. Damit stehen wir vor der alles entscheidenden Frage unserer Zeit: Wie bringen wir immer mehr Menschen auf der exakt gleichen Landesfläche unter?

Die Folgen dieser enormen Verdichtung spürt der Mittelstand längst im Alltag: Explodierende Mieten, unbezahlbare Immobilienpreise sowie Strassen, Bahnen und Schulen, die landesweit an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Die bisherige Alibi-Strategie der «Verdichtung nach innen» hat zwar den Bodenverbrauch pro Person von 262 Quadratmetern im Jahr 1983 auf 178 Quadratmeter im Jahr 2023 gedrückt, doch der aktuelle Bericht zieht hier eine rote Linie: Die Reserven sind aufgebraucht!

Der Kanton Zürich ist faktisch «fertig gebaut». Baulücken gibt es kaum noch, und das freie Bauland reicht hinten und vorne nicht aus, um den Zuwanderungsdruck aufzufangen. Jede weitere Verdichtung bedeutet ab jetzt: höher bauen, enger zusammenrücken und der Verlust von Erholungsräumen. Da helfen auch die grünen Schutzkonzepte für Landwirtschaft und Biodiversität nicht weiter – wir stecken in einer planerischen Zwickmühle.

Der Raumplanungsbericht 2025 zeigt glasklar: Das ungebremste Bevölkerungswachstum ist der Haupttreiber dieser Krise. Wenn wir unsere Landschaft und Lebensqualität schützen wollen, können wir nicht ewig weiter verdichten. Die Raumplanung kann hier nur noch Symptome verwalten, aber das Grundproblem nicht lösen.

Wir können die Augen vor der Realität nicht mehr verschliessen: Wenn wir die Zuwanderung nicht politisch steuern und drosseln, verlagern wir das Problem nur. Reine Planung am grünen Tisch reicht nun nicht mehr. Wir müssen endlich die Grundsatzfrage beantworten: Wie viel Wachstum verträgt unser Kanton wirklich noch, ohne dass wir unsere Identität und Lebensqualität unwiderruflich verlieren?

Es ist also mal wieder genau das eingetroffen, wovor die SVP seit Jahren warnt: Unser Kanton stösst an seine physischen Grenzen. Dieser Dichtestress ist längst kein reines Polit-Thema mehr, sondern bittere Realität mitten in der Gesellschaft.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

WORTE DES VIZEPRÄSIDENTEN DER SVP KANTON ZÜRICH

Unsere Stimme entscheidet

Am 27. September haben die Zürcherinnen und Zürcher die Möglichkeit, wichtige Weichen für die Zukunft unseres Kantons und unseres Landes zu stellen. Zur Abstimmung gelangen die Ernährungsinitiative, die Neutralitätsinitiative, der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen» sowie die Änderung des Lehrpersonalgesetzes. Unabhängig davon, wie man im Einzelnen zu den Vorlagen steht, ist eines klar: In einer direkten Demokratie trägt jede und jeder von uns Verantwortung. Wer nicht abstimmt, überlässt die Entscheidungen anderen.

Freiheit, Sicherheit und Eigenverantwortung

Aus bürgerlicher Sicht steht bei der Ernährungsinitiative die Frage im Zentrum, wie viel staatliche Lenkung wir in unserem Alltag zulassen wollen. Eine gesunde, qualitativ hochwertige und möglichst regionale Ernährung ist zweifellos ein wichtiges Anliegen. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten dafür bereits heute einen grossen Beitrag. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass nicht immer neue Vorschriften, Verbote und Bürokratie entstehen. Die Menschen sollen selbst entscheiden können, was auf ihren Teller kommt. Eigenverantwortung ist und bleibt ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Besonders wichtig ist die Neutralitätsinitiative. Die bewaffnete und immerwährende Neutralität hat sich über Generationen bewährt und ist ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz. Sie hat unserem Land Glaubwürdigkeit, Stabilität und Sicherheit gebracht. In einer zunehmend unsicheren Welt mit geopolitischen Spannungen braucht die Schweiz eine klare und verlässliche Position. Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit, sondern Unabhängigkeit. Sie ermöglicht es unserem Land, Brücken zu bauen, statt Teil internationaler Konflikte zu werden. Diese Eigenständigkeit gilt es auch für kommende Generationen zu bewahren.

Bei der Änderung des Lehrpersonalgesetzes geht es um die Zukunft unserer Volksschule. Gute Schulen brauchen motivierte Lehrpersonen, aber auch klare Strukturen und eine effiziente Organisation. Die Schule hat den Auftrag, Wissen zu vermitteln und unsere Kinder bestmöglich auf ihr späteres Leben vorzubereiten. Reformen müssen deshalb sorgfältig geprüft werden. Entscheidend ist, dass die Qualität des Unterrichts gestärkt wird und die verfügbaren Mittel dort ankommen, wo sie den grössten Nutzen für die Schülerinnen und Schüler bringen. Das ist mit der aktuellen Vorlage nicht der Fall.

Demokratie lebt vom Mitmachen

Die Abstimmungen vom 27. September berühren unterschiedliche Bereiche, haben aber etwas gemeinsam: Sie betreffen die Zukunft unseres Landes und unseres Kantons. Gerade deshalb ist eine hohe Stimmbeteiligung entscheidend. Unsere direkte Demokratie lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte wahrnehmen und Verantwortung übernehmen.

Nutzen wir diese Möglichkeit. Jede Stimme zählt. Wer mitentscheidet, trägt dazu bei, dass die Schweiz und der Kanton Zürich auch in Zukunft auf den Werten von Freiheit, Eigenverantwortung, Sicherheit und demokratischer Mitbestimmung aufbauen können.

von Martin Hübscher

REFORMIERTE VOLKSABSTIMMUNG AM 27. SEPTEMBER 2026

NEIN zur Bevormundung der Kirchen

Mit dem Gegenvorschlag zur Schöpfungsinitiative soll die Klimapolitik noch stärker in der Kirchenordnung verankert werden. Was als Beitrag zum Klimaschutz verkauft wird, bringt neue Vorgaben, zusätzliche Kosten und mehr Bürokratie. Statt ideologischer Zielvorgaben braucht es Eigenverantwortung und vernünftige Lösungen.

Der verantwortungsvolle Umgang mit Energie und Ressourcen ist selbstverständlich. Viele Kirchgemeinden investieren bereits heute in energetische Sanierungen und erneuerbare Energien. Dafür braucht es keine Vorgaben.

Der Gegenvorschlag will die gebäudebezogenen Treibhausgasemissionen der kirchlich genutzten Gebäude bis 2035 auf Netto-Null senken. Doch damit nicht genug: Auch nachhaltige Lebensmittel sollen stärker berücksichtigt und ökologisch wertvolle Grünflächen gefördert werden. Müssen wir unseren Kirchgemeinden wirklich vorschreiben, was sie beschaffen und wie sie ihre Grünflächen gestalten sollen? Viele pflegen solche Flächen längst verantwortungsvoll. Dafür braucht es keine zusätzlichen Vorgaben.

Gerade bei solchen Gebäuden sind starre Zielvorgaben der falsche Weg. Kirchen, Pfarrhäuser und Kirchgemeindehäuser unterscheiden sich erheblich in Alter, Nutzung und Bausubstanz.

Wer sich mit Energie und Gebäudetechnik beschäftigt, weiss: Nachhaltigkeit entsteht nicht durch politische Fristen, sondern durch vernünftige und langfristig wirksame Lösungen. Sinnvoll ist, Sanierungen dann umzusetzen, wenn sie technisch notwendig, wirtschaftlich vertretbar und ökologisch wirksam sind.

Unsere Kirchgemeinden kennen ihre Gebäude, Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten am besten. Geben wir ihnen die Verantwortung, dort zu investieren, wo es tatsächlich etwas bewirkt.

Klimaschutz braucht Vernunft statt Ideologie und Eigenverantwortung statt Bevormundung. Deshalb NEIN zum Gegenvorschlag.

Marcel Heimann,
Kantonsratskandidat Egg

Die Kirche im Dorf lassen – statt sie hinter Klimavorgaben zu verstecken. Bild: zVg

51. SCHWAMENDINGER CHILBI

SVP Schwamendingen an der Chilbi: Mittendrin statt nur dabei

Drei Tage lang wurde in Schwamendingen gefeiert, diskutiert und gelacht. Die SVP Schwamendingen war auch dieses Jahr mit ihrem Chilbi-Beizli präsent. Nach der Zerstörung des Standes im vergangenen Jahr war die Rückkehr zugleich ein klares Zeichen: Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Schon von weitem waren Musik, Stimmengewirr und das typische Chilbi-Treiben zu hören. Vom 4. bis 6. September 2026 wurde Schwamendingen einmal mehr zum Treffpunkt für Jung und Alt. Mitten im Geschehen war die SVP Schwamendingen mit einem neuen Stand und einem hochmotivierten Team.

Dass wir auch dieses Jahr wieder präsent waren, war keineswegs selbstverständlich. Im vergangenen Jahr wurde unser SVP-Beizli zerstört. Für uns war jedoch von Anfang an klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern, auch nicht in der Stadt Zürich. Deshalb wurde nicht lange gejammert, sondern angepackt, neu aufgebaut und weitergemacht.

Und das mit Erfolg. Kaum waren die ersten Gläser eingeschenkt, füllten sich auch schon die Tische. Bekannte Gesichter schauten vorbei, alte Bekanntschaften wurden aufgefrischt und neue Kontakte geknüpft. Für das leibliche Wohl sorgten unsere beliebten SVP-Chässchnitten, Kartoffelsalat mit Wienerli und Hot Dogs. Wer danach noch Platz für etwas Süsses hatte, durfte sich über die feine Glace vom Schlattgut freuen. Für viele von uns schlicht die beste Glace weit und breit.

Bei einem Glas Wein, einem kühlen Bier oder etwas Feinem zum Essen entstanden zahlreiche Gespräche. Mal ging es um Politik, mal um Schwamendingen und mal einfach um Gott und die Welt. Der Humor kam dabei selbstverständlich ebenfalls nicht zu kurz.

Das Trio Ursi, Rolf und Rolli bringt das Zelt zum Kochen

Für besonders gute Stimmung sorgte die Live-Musik mit dem Trio Ursi, Rolf und Rolli. Mit viel Spielfreude, bekannten Melodien und bester Unterhaltung brachten die drei das Zelt regelrecht zum Kochen. Es wurde mitgesungen, gelacht und gefeiert. Unser Beizli war damit nicht nur politischer Treffpunkt, sondern auch ein Ort für echte Geselligkeit und beste Chilbi-Stimmung.

Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, unsere SVP-Mandatsträger persönlich kennenzulernen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Genau das macht die Schwamendinger Chilbi für uns jedes Jahr besonders. Politik findet hier nicht nur im Ratssaal statt, sondern mitten unter den Menschen. Ohne Mikrofon, ohne Traktandenliste und ohne lange Vorreden wird über das gesprochen, was die Bevölkerung beschäftigt.

Jane ohne Tarzan

Ein bekanntes Gesicht fehlte dieses Jahr allerdings. Mauro Tuena, der inzwischen beinahe zum Inventar der Schwamendinger Chilbi gehört, konnte diesmal leider nicht teilnehmen. Sein Fehlen blieb natürlich nicht unbemerkt. Besonders Jacqueline Badran dürfte ihren langjährigen politischen Sparringspartner vermisst haben. Um es mit einem Augenzwinkern zu sagen: Fast ein wenig wie Jane ohne Tarzan.

Die 51. Schwamendinger Chilbi zeigte einmal mehr, wie lebendig unser Quartier ist. Während dreier Tage herrschte rund um unser Beizli reger Betrieb. Einige Gäste kamen für ein politisches Gespräch, andere für eine kurze Pause vom Chilbi-Trubel und viele ganz einfach für ein gemütliches Zusammensein.

Das SVP-Team packt an! Bild: zVg

Was für die Gäste nach drei unbeschwerten Festtagen aussieht, bedeutet hinter den Kulissen allerdings einiges an Arbeit. Einkaufen, transportieren, aufbauen, Getränke kühlen, Essen vorbereiten, ausschenken, abwaschen, auffüllen und am Ende alles wieder abbauen. Eine Chilbi organisiert sich nicht von selbst.

Unser grosser Dank gilt deshalb allen Helferinnen und Helfern, die während dieser Tage tatkräftig angepackt haben. Ebenso danken wir dem Organisationskomitee und allen weiteren Beteiligten. Sie sorgen Jahr für Jahr dafür, dass die Schwamendinger Chilbi ein fester Bestandteil unseres Quartierlebens bleibt.

Nach drei intensiven Tagen waren vielleicht die Beine etwas müder und die Stimmen etwas heiserer. Die Stimmung aber hätte kaum besser sein können.

Was bleibt, sind viele schöne Begegnungen, interessante Gespräche und eine klare Botschaft: Wer glaubt, mit Zerstörung oder Einschüchterung politisches Engagement zum Schweigen bringen zu können, kennt die SVP Schwamendingen schlecht. Wir bleiben präsent, wir suchen das Gespräch und wir gehören zum politischen und gesellschaftlichen Leben dieser Stadt.

Die Schwamendinger Chilbi lebt, und wir sind gerne mittendrin statt nur dabei.

Markus Weidmann,
Gemeinderat und
Präsident SVP Zürich Kreis 12

SVP KLOTEN

SVP Kloten stellt die Weichen für den politischen Herbst

Die SVP Kloten hat an ihrer Mitgliederversammlung vom 3. September 2026 wichtige Weichen für die kommenden politischen Monate gestellt. Neben den Parolen für die anstehenden Abstimmungen standen die Nachwuchsförderung und die Kantonsratswahlen 2027 im Zentrum.

Rund 40 Mitglieder trafen sich in der TV-Hütte, um bei einem gemütlichen Abendessen vom Grill über aktuelle politische Themen zu diskutieren und sich auszutauschen. Als Gast durfte die Sektion Nationalrat und Regierungsratskandidat Martin Hübscher begrüssen. Als ehemaliger langjähriger Kantonsrat brachte er grosse politische Erfahrung mit und unterstützte die Mitglieder insbesondere bei der Meinungsbildung zu den bevorstehenden Abstimmungen.

Intensive Diskussion über die Neutralität

Besonders intensiv wurde über die Neutralitätsinitiative diskutiert. Martin Hübscher beantwortete zahlreiche Fragen der Mitglieder und erläuterte die politischen Hintergründe der Vorlage. Daraus entwickelte sich eine spannende und engagierte Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der schweizerischen Neutralität. Am Ende war die Haltung der Versammlung klar: Die SVP Kloten sagt JA zur Neutralitätsinitiative. Eine glaubwürdige und dauerhafte Neutralität ist für die Partei ein zentraler Pfeiler für die Sicherheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz.

v.l.n.r.: Sektionspräsident, Gemeinderat und Kantonsratskandidat Thomas Schneider, Kantonsratskandidatin Lara Grüter und Nationalrat sowie Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Bild: zVg

Die Ernährungsinitiative lehnt die SVP Kloten hingegen ab. Zusätzliche staatliche Vorgaben und Regulierungen sind der falsche Weg. Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion brauchen unternehmerischen Handlungsspielraum und gute Rahmenbedingungen statt immer neuer Vorschriften.

Geschätzte Mehrkosten von rund einer Million Franken für Kloten

Auch bei den kantonalen Vorlagen wurde intensiv diskutiert. Martin Hübscher zeigte insbesondere die finanziellen Auswirkungen der Änderung des Lehrpersonalgesetzes auf. Für Kloten ist gemäss den an der Versammlung erläuterten Berechnungen mit geschätzten jährlichen Mehrkosten in der Grössenordnung von rund einer Million Franken zu rechnen. Für die SVP Kloten steht diesen erheblichen zusätzlichen Ausgaben kein ausreichend klarer und messbarer Mehrwert für die Qualität der Schule gegenüber.

Die Partei stellt sich deshalb nicht gegen Investitionen in eine gute Schule oder gute Lehrpersonen. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob zusätzliche finanzielle Mittel tatsächlich dort ankommen, wo sie die Bildungsqualität verbessern. Mehr Ausgaben allein garantieren noch keine bessere Schule. Die Mitgliederversammlung beschloss deshalb die NEIN-Parole zum Lehrpersonalgesetz.

Ebenfalls NEIN sagt die SVP Kloten zu den Änderungen im Gesundheitsbereich. Auch hier stehen für die Partei Eigenverantwortung, klare Zuständigkeiten und ein sorgfältiger Umgang mit öffentlichen Mitteln im Vordergrund.

Neues Gefäss für politisch interessierte Jugendliche

Die SVP Kloten versteht das starke Ergebnis der vergangenen Wahlen auch als Auftrag, Politik für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen. Der Vorstand hat deshalb entschieden, verstärkt in die politische Nachwuchsförderung und den Austausch mit jungen Menschen zu investieren.

Mit einem neuen Gefäss sollen politisch interessierte Jugendliche die Möglichkeit erhalten, unkompliziert mitzudiskutieren, eigene Ideen einzubringen und Politik aus erster Hand kennenzulernen. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, eine Konkurrenz zu bestehenden Jungparteien aufzubauen. Vielmehr soll eine geführte Ergänzung entstehen, die Jugendliche miteinander vernetzt und ihnen einen einfachen Zugang zur Politik ermöglicht.

Das Angebot soll bewusst offen und ortsunabhängig gestaltet werden. Im Vordergrund stehen der politische Austausch, das Verständnis für unsere direkte Demokratie und die Möglichkeit, eigene Anliegen einzubringen. Interessierte Jugendliche können sich in Kürze über die Webseite der SVP Kloten registrieren.

«Mehr Ausgaben allein garantieren noch keine bessere Schule.»

Zwei Kandidaturen für den Kantonsrat

Mit Blick auf die Kantonsratswahlen 2027 nominierte die Mitgliederversammlung Lara Grüter und Thomas Schneider offiziell als Kandidaten der SVP Kloten. Lara Grüter wurde ursprünglich durch die Sektion Rorbas nominiert und kandidiert nach ihrem Zuzug neu für die SVP Kloten.

Thomas Schneider geht auf dem aussichtsreichen Listenplatz 8 ins Rennen. Als Präsident der SVP Kloten und Mitglied des Klotener Gemeinderates will er die kommunale Erfahrung aus Kloten künftig auch auf kantonaler Ebene einbringen. Im Zentrum stehen eine starke Wirtschaft, eine funktionierende Bildung, gesunde Staatsfinanzen und eine Politik, welche die Auswirkungen kantonaler Entscheide auf Städte und Gemeinden nicht aus den Augen verliert.

Mit klaren Parolen, einem neuen Angebot für politisch interessierte Jugendliche und zwei Kandidaturen für den Kantonsrat startet die SVP Kloten damit geschlossen in einen intensiven politischen Herbst und in die Vorbereitung auf das Wahljahr 2027.

Buchvernissage mit Führung

Lichtbildvortrag von Martin Bürlimann und Kurt Gammeter – mit Führung durch die Sanitätshilfsstelle unter dem Landenbergpark

Wipkingen als Abbild des eidgenössischen Widerstandes: Im Quartier sind noch Spuren der militärischen Anlagen der «Limmatlinie» zu sehen. Die Autoren zeigen die noch sichtbaren Reste der Stellungen und die Vielfalt des Widerstandes gegen die Diktatur.

Das Dispositiv von General Guisan am Beispiel Wipkingen – vielfältiger ziviler Widerstand – Die Wipkingertagungen – Bildercollage von Wipkingen um 1940.

Samstag, den 3. Oktober um 14.00 Uhr

Habsburgstrasse, Eingang Zivilschutz-Museum Landenberg, Dauer: ca. 1,5 h

Platzzahl beschränkt, Anmeldung: info@wibichinga.ch oder 078 640 84 18

«Wipkingen 1940 – Widerstand in allen Formen», Wibichinga Verlag, 2026, 124 Seiten, 28 Fr.

SVP OETWIL AM SEE

Standaktion zu «JA – Kein Krieg»

Bei besten Bedingungen verlief die Standaktion beim VOLG zu den kommenden Abstimmungsthemen, aber auch zur Ersatzwahl ans Bezirksgericht.

Bei gemütlichem Kaffee, Gipfeli und Kuchen fanden interessante Begegnungen und Diskussionen statt. Dazu trafen spezielle Besucher nebst Sektionsmitgliedern und Passanten ein: Kantonsrat Tumasch Mischol mit seinen Töchtern, Wahlkommissionspräsidentin Theres Weber und Richterkandidatin Ewa Szczogiel mit Baby (ausgesprochen Schogiel).

Eugen Hunziker,
Präsident SVP Oetwil am See

Die Standaktion war ein voller Erfolg. Bild: zVg

SVP BEZIRK WINTERTHUR

Podiumsdiskussion zur Neutralitätsinitiative

Am 31. August 2026 führte die SVP Bezirk Winterthur in der Dorftrotte Wiesendangen eine Podiumsdiskussion zur Neutralitätsinitiative durch. Das Podium war mit Nora Ernst (GLP), Corina Gredig (GLP), Therese Schläpfer (SVP) und Tobias Weidmann (SVP) prominent besetzt. Moderiert wurde es von Rahel Fritschi, Präsidentin der SVP Bezirk Winterthur. Neben ca. 30 Gästen war auch ein Team von SRF anwesend, das für die Rundschau Nationalrätin Corina Gredig (contra) sowie für die Pro-Seite Stefanie Gartenmann bei der Abstimmungskampagne begleitet.

Die Protagonisten der zwei Standpunkte harmonierten auf beiden Seiten sehr gut und ergänzten einander schlüssig.

Eklatant unterschiedlich waren allerdings die Argumentationen der GLP- und der SVP-Seite. Während Therese Schläpfer und Tobias Weidmann mit klaren, leicht nachvollziehbaren Voten den Wert und Nutzen der Neutralität unseres Landes erklärten, kamen von den Gegnerinnen vorwiegend unlogische, falsche und oftmals fast schon wirre Statements. So betonte Nora Ernst gleich zu Beginn, die Neutralität und eine eigenständige Aussenpolitik der Schweiz seien in der Verfassung verankert und würden seit 180 Jahren erfolgreich gelebt. Das gelte es zu erhalten. Dass der Bundesrat mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland die Neutralität aufs Schwerste verletzt und die Aussenpolitik in der Ukrainefrage komplett an die EU delegiert hat, kann oder will Nora Ernst nicht erkennen.

«Frieden und Sicherheit wahren! JA zur Neutralitätsinitiative.»

Die Sanktionen sind zweifelsfrei ein Wirtschaftskrieg, den die angeblich neutrale Schweiz offiziell gegen Russland führt. Wirtschaftskriege sind gegen das Volk gerichtet und beabsichtigen, Druck auf die Regierung auszuüben. Doch sie treffen die Schwächsten immer zuerst.

Die Gegnerinnen der Initiative argumentierten, die Schweiz müsse ihre Neutralität angesichts der komplexen geopolitischen Lage flexibel und situationsbezogen handhaben. Im ersten Moment keimt Hoffnung auf, doch gleich darauf wird das triviale schwarz-weisse Bild eines zutiefst bösen, aggressiven Russlands und der Ukraine als armes, absolut unschuldiges Opfer aufgetan. Der mitdenkende Zuhörer fragt sich unweigerlich, wo die Gegnerinnen der Initiative die von ihnen beschworene komplexe geopolitische Lage verorten. Beim Konflikt zwischen der Ukraine und Russland offensichtlich nicht.

Die Neutralität soll flexibel gehandhabt werden und das Völkerrecht ebenso. Ohne klare Regeln, dafür maximal willkürlich. So wollen es die Gegnerinnen der Neutralitätsinitiative. Das ist der entscheidende Punkt. Die Befürworter der Neutralitätsinitiative wollen genau diese Willkür verhindern. Der Bundesrat und das Parlament sollen sich jederzeit verlässlich an eine umfassende, immerwährende Neutralität halten müssen. Die Schweiz mischt sich nicht in fremde Händel ein. Nur wenn die Neutralität strikt so gelebt wird, kann sie von aussen erkannt und respektiert werden. Dafür muss die Schweiz allerdings auch ihre Wehrhaftigkeit glaubhaft unter Beweis stellen. Sie darf sich nicht mit anderen Mächten und Organisationen verbünden. Denn das schützt die Schweiz im Ernstfall nicht, führt aber schneller als gedacht dazu, dass unsere Soldaten in fremden Ländern kämpfen müssen.

«Die schweizerische Neutralität ist immerwährend, bewaffnet und umfassend.»

Das Podium war spannend und informativ. Beide Seiten kamen zu Wort und konnten sich einbringen. Die Moderatorin hat die Balance gut gehalten. Das Publikum bedankte sich bei allen Protagonisten mit verdientem Applaus.

Richard Müller,
SVP Wiesendangen

Das Podium war spannend und informativ. Bild: zVg

BLOCHERS KLARTEXT

Keine Argumente

Beim Abstimmungskampf über die Neutralitätsinitiative fällt mir auf: Die Gegner wollen die immerwährende, bewaffnete und umfassende schweizerische Neutralität nicht in der Verfassung haben, weil sie gegen die schweizerische Neutralität sind. Doch getrauen sie sich nicht, dies zuzugeben.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Deshalb greifen sie zu Beiwörtern wie «flexible», «kooperative» oder «aktive Neutralität». All diese Beiwörter haben den Zweck, davon abzulenken, dass sie die bewährte schweizerische Neutralität preisgeben wollen.

Das Schweizer Volk benötigt die schweizerische Neutralität mehr denn je. Sie bildet den Schutzschild, weil sie andere Staaten hindert, unser Land anzugreifen. Voraussetzung ist aber, dass diese Neutralität glaubwürdig in Erscheinung tritt. Und nicht nur «von Fall zu Fall».

Genauso wichtig ist: Unsere Politiker müssen daran gehindert werden, Massnahmen zu beschliessen, mit denen sie die Schweiz in Kriege stürzen. Solche Schranken lieben die Politiker nicht. Ich habe dies seit den Neunzigerjahren zur Genüge erfahren, im Nationalrat oder in einer «Studienkommission für strategische Fragen». Die Classe politique wollte die Neutralität schon damals nicht, aber sie wagte dies aus dem einzigen Grunde nicht: weil sie wusste, dass das Volk an der Neutralität hängt.

Als ziemlich Einziges höre ich Schlötterlinge, wie die Neutralitätsinitiative sei eine «Pro-Putin-Initiative». Nein. Aber der Neutrale (also nur der Staat, nicht die Bürger) ist weder für den einen noch für den anderen. Sonst hätte man während des Zweiten Weltkriegs die Neutralität als «pro Hitler» oder «pro Mussolini» verdreckeln müssen. Das hat aber niemand getan. Weil es um die Verantwortungsethik geht: Den Krieg zugunsten des eigenen Volkes zu verhindern.

NEIN ZUR TEUREN SCHEINLÖSUNG

Mehr Lohn ist keine Entlastung

Der Schulalltag ist anspruchsvoller geworden. Doch höhere Löhne reduzieren weder Bürokratie noch schwierige Klassensituationen. Wer Lehrer wirklich entlasten will, muss bei den Ursachen ansetzen. Die Änderung des Lehrpersonalgesetzes tut genau das nicht.

Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Dass der Lehrerberuf anspruchsvoll ist, steht ausser Frage. Lehrerinnen und Lehrer tragen grosse Verantwortung und müssen heute zahlreiche Aufgaben bewältigen, die weit über das eigentliche Unterrichten hinausgehen. Gerade deshalb ist es richtig, über Entlastung zu sprechen.

Doch bei der Änderung des Lehrpersonalgesetzes wird Entlastung mit mehr Lohn verwechselt. Die Vorlage kostet Kanton und Gemeinden jährlich rund 83 Millionen Franken zusätzlich. Nur: Was verändert dieses Geld konkret im Schulzimmer?

«Die Antwort kann nicht sein, jede zusätzliche Belastung mit höheren Löhnen auszugleichen.»

Die Belastung verschwindet nicht

Eine Lohnerhöhung reduziert keine administrativen Aufgaben. Sie macht eine anspruchsvolle Klasse nicht einfacher. Sie schafft keine zusätzliche Zeit für die Vorbereitung des Unterrichts und nimmt den Lehrern keine der zahlreichen Zusatzaufgaben ab.

Genau dort liegen aber die Herausforderungen, über welche Lehrer seit Jahren berichten. Wer die Belastung ernst nimmt, sollte deshalb auch dort ansetzen, wo sie tatsächlich entsteht.

Stattdessen verteilt die vorliegende Gesetzesänderung zusätzliche Millionen, ohne die Strukturen im Schulalltag zu verbessern. Die Kosten steigen, die Belastung bleibt.

Mehr Anforderungen gibt es überall

Hinzu kommt: Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur für Lehrer verändert. Digitalisierung, zunehmende administrative Anforderungen und steigende Erwartungen prägen heute zahlreiche Berufe. Auch Angestellte in KMU, Handwerker, Pflegefachleute oder Selbstständige müssen mit neuen Anforderungen und zusätzlicher Bürokratie umgehen.

Die Antwort darauf kann nicht sein, jede zusätzliche Belastung mit höheren Löhnen auszugleichen. Umso weniger, wenn es sich um eine Berufsgruppe handelt, die im Kanton Zürich bereits heute schweizweit zu den bestbezahlten gehört.

Entlastung muss im Schulzimmer ankommen

Die SVP setzt deshalb auf strukturelle Reformen. Wir müssen unnötige Bürokratie abbauen, Lehrerinnen und Lehrer von Aufgaben entlasten, die nicht zu ihrem Kernauftrag gehören, und Lösungen für Klassen schaffen, in denen das heutige System an seine Grenzen stösst. Das Ziel muss sein, dass die Lehrer wieder mehr Zeit für das haben, wofür sie ausgebildet wurden: unsere Kinder zu unterrichten.

«Auch der Regierungsrat lehnt die vom Kantonsrat beschlossene Version ab.»

Das wäre echte Entlastung. Und davon würde nicht nur die Lehrerschaft profitieren, sondern vor allem auch die Schülerinnen und Schüler.

83 Millionen für das falsche Rezept

Die Änderung des Lehrpersonalgesetzes geht einen anderen Weg. Sie verursacht jedes Jahr zusätzliche Kosten von rund 83 Millionen Franken, ohne die Ursachen der Belastung zu beseitigen.

Mehr Geld ist noch keine bessere Bildungspolitik. Entscheidend ist, was im Schulzimmer ankommt. Statt Belastungen mit zusätzlichen Millionen abzugelten, müssen wir sie reduzieren.

Darum sage ich am 27. September NEIN zur Änderung des Lehrpersonalgesetzes.

WAHLAUFTAKT DER SVP BEZIRK USTER

Wir nehmen das Steuer selbst in die Hand!

Mit voller Kraft ist die SVP Bezirk Uster in den Wahlkampf für die Kantons- und Regierungsratswahlen 2027 gestartet. Auf dem gut gefüllten Schiff auf dem Zürichsee war von Beginn weg spürbar: Unsere Crew ist bereit!

Unsere motivierten Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich den Mitgliedern vor und zeigten eindrücklich, wie viel Erfahrung, Können und Herzblut in unserer Liste steckt. Unterschiedliche Persönlichkeiten, unterschiedliche Stärken, aber ein gemeinsames Ziel: eine starke bürgerliche Vertretung im Zürcher Kantonsrat!

Den Kurs selbst bestimmen

Und die braucht es dringend. Die Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat sind knapp. Viel zu oft sind wir darauf angewiesen, dass andere bürgerliche Parteien auch tatsächlich bürgerlich politisieren. Tun sie es nicht, wird es schwierig. Doch wie heisst es so schön: Wer den Kurs bestimmen will, muss das Steuer selbst in die Hand nehmen. Darum ist für uns klar: Wir wollen nicht auf andere hoffen müssen. Wir wollen selbst stärker werden! Jede zusätzliche SVP-Stimme zählt. Jeder zusätzliche Sitz zählt.

Mit an Bord war auch Nationalrat Bruno Walliser, der direkt aus dem Nähkästchen von Bundesbern berichtete. Besonders gefreut hat uns die Teilnahme von Nationalrat und Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Auch er machte deutlich: Die Schweiz braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen, Probleme anpacken und wirksame Lösungen auf den Tisch bringen.

Denn mit immer mehr Geld und immer mehr Staat lösen wir die grossen Herausforderungen unseres Landes nicht. Es braucht gesunden Menschenverstand, Eigenverantwortung und eine Politik, die nahe bei den Menschen ist.

Gemeinsam auf Kurs

Bei einer feinen Wurst mit Senf und Buurebrot liessen wir den Abend auf dem Zürichsee ausklingen. Mitten auf dem See, mit Blick auf unsere Dörfer und unsere wunderschöne Heimat, wurde einmal mehr spürbar, wofür sich unser politischer Einsatz lohnt.

Für eine freie und sichere Schweiz. Für unsere Heimat. Für eusi Lüüt. Jetzt heisst es: Kurs halten, Kräfte bündeln und gemeinsam kämpfen. Am 4. April 2027: SVP, Liste 1!

Orlando Wyss,
Wahlkampfleiter SVP Bezirk Uster

Die SVP Bezirk Uster ist bereit! Bild: zVg

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Abgehobene Wirtschaftselite

Es gab Zeiten, da war Economiesuisse ein mächtiger und einflussreicher Wirtschaftsverband. So mächtig, dass man den Economiesuisse-Präsidenten ehrfürchtig als «achten Bundesrat» bezeichnete. Diese Zeiten sind längst vorbei: Zwar mischt sich Economiesuisse nach wie vor routiniert in die politischen Geschäfte ein und die Medien rapportieren schön artig, was an der Hegibachstrasse beschlossen wurde. Volkes Stimme repräsentiert der Verband aber schon lange nicht mehr. Spätestens seit der Finanzkrise 2009 und der Zuwanderungs- und Europadebatte ist die Liebe zwischen der Bevölkerung und den EU-hörigen Wirtschaftsvertretern merklich abgekühlt.

Manchmal zeigt sich die Kluft zwischen «denen da oben» in den Chefetagen und dem einfachen Stimmbürger in feinen Nuancen: Vor einigen Tagen hat der abtretende Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder ein Interview im «Tages-Anzeiger» gegeben. Auf die prekäre Wohnungssituation in den Städten angesprochen, meinte er lapidar, es gäbe «kein Grundrecht auf eine 5½-Zimmer-Wohnung im Seefeld für 1300 Franken Miete». Die Aussage ist im Prinzip nicht falsch, irritiert aber trotzdem: Für 1300 Franken kriegt man in der Stadt Zürich bestenfalls eine Einzimmerwohnung in einem Aussenquartier. 5½-Zimmer-Wohnungen im Seefeld starten bei 5000 bis 6000 Franken, Preis nach oben offen. Selbst für Angehörige der oberen Mittelschicht ist es mittlerweile fast unmöglich geworden, im angestammten Quartier eine vernünftige Wohnung zu einem halbwegs humanen Preis zu finden. Die Verdrängung ist real und Zürich wird den Topverdienern, den Expats und den gut vernetzten Sozialdemokraten mit Zugang zu günstigen städtischen Wohnungen überlassen.

Ich nehme dem Economiesuisse-Präsidenten seine Haltung nicht übel – es gibt tatsächlich kein Grundrecht, an einem bestimmten Ort zu wohnen, schon gar nicht in einem exklusiven Quartier wie dem Seefeld. Dass der Herr aber ernsthaft meint, es gäbe auf dem völlig überhitzten Zürcher Wohnungsmarkt so etwas wie 5½-Zimmer-Wohnungen für 1300 Franken, zeigt nur, wie weit er sich von den Sorgen der einfachen Bevölkerung entfernt hat. Er steht damit sinnbildlich für die Organisation, die er präsidiert: Was kümmern die Wirtschaftslobbyisten denn schon die unbezahlbaren Wohnungen, die verstopften Strassen oder all die anderen Alltagssorgen von Herrn und Frau Schweizer? Hauptsache, unsere Firmen haben freien Zugang zum EU-Binnenmarkt und unbegrenzten Zugriff auf möglichst günstige Arbeitnehmer aus dem EU-Raum.

Eine prosperierende Wirtschaft ist zentral für unseren Wohlstand. Gute Rahmenbedingungen gibt es aber nur, wenn die Stimmbevölkerung hinter der Wirtschaft steht. Man würde unseren Wirtschaftsverbänden und ihrem Führungspersonal daher dringend wieder etwas mehr Bodenständigkeit und Volksnähe wünschen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Mitte-Politikerin beschimpft SVP-Politiker als Rassisten

Ein SVP-Vorstoss für den Verzicht auf eine Asylunterkunft im Schulhausareal wurde vom Rat abgelehnt. Während die SVP sich um das Wohl der Bevölkerung und Schulkinder kümmerte, wurde sie dafür übelst beschimpft.

Roger Bartholdi
Gemeinderat SVP
Zürich

Es war eher etwas kühl und leicht regnerisch, als die Sitzung des Zürcher Gemeinderates um 17.00 Uhr begann. Als «normale» dreistündige Sitzung war sie traktandiert. Zuerst wurde ein Bericht zum angemessenen Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und der Bevölkerungszahl der Stadt Zürich debattiert und der Bericht zur Kenntnis genommen. Danach folgte die Debatte um einen Zusatzkredit für die Beschaffung von neun Rettungswagen der Sanität mit Elektroantrieb. Weitere Weisungen (u.a. Verein Jugendwohnnetz (Juwo), Stiftung GFZ, Gemeinnützige Frauen Zürich) sowie Vorstösse für mehr Geld folgten. Diese wurden in der Regel gegen den Willen der SVP überwiesen. Offenbar schwimmt die Stadt Zürich immer noch im Geld. Die Limmat hatte schon einen höheren Pegelstand. Zumindest aus Sicht des Stadtrats und der Mehrheit des Gemeinderates besteht Hochwasserwunsch beim Geldausgeben. Selbst bei staatlichen Leistungen von Bund und Kanton herrscht keine Solidarität oder Gleichbehandlung. Rotgrün ist der Auffassung, man solle diese noch weiter erhöhen.

Die Angst von besorgten Eltern und Schulkindern ist nicht unbegründet. Bild: Adobe Stock

Rassismusvorwürfe statt sachlicher Debatte

Die SVP-Gemeinderäte Jean-Marc Jung und Yves Peier forderten in einem Postulat: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie es verunmöglicht werden kann, dass Zivilschutzanlagen auf Schularealen für Geflüchtete zur Verfügung gestellt werden.» Der Erstunterzeichner begründete den SVP-Vorstoss. Zivilschutzanlagen seien als Unterbringungsort für Flüchtlinge auf Schulhausarealen ungeeignet. Jean-Marc Jung verwies auf die negativen Erscheinungen, wo Flüchtlinge in grosser Zahl auftreten. Zudem war es nicht das erste Mal in Zürich-Witikon (Primarschule Looren) und entsprechende Erfahrungen sind vorhanden. Die Angst von besorgten Eltern und Schulkindern ist nicht unbegründet. Der Postulant untermauerte dies mit einigen Fakten und Zahlen. Die Reaktion kam schnell, heftig und deftig. Von der grünen Sprecherin kam das Wort «grusig», das war aber noch harmlos gegenüber einer Mitte-Politikerin, welche die SVP als Rassisten übelst beschimpfte. Das Ratspräsidium intervenierte nicht. Dieser Vorstoss ist «tief rassistisch», meinte ein AL-Sprecher dazu. Die SVP-Gemeinderätin Jane Bailey entgegnete: «…schon wieder wird die Rassismuskeule geschwungen – sehr bequem bei ALLEN Fragen, welche jegliche Probleme vom Asylwesen ansprechen!» SVP-Gemeinderat Stefan Urech doppelte nach: «Stellt der Mitte-Referentin, welche die SVP-Parlamentarier als Rassisten bezeichnet hatte, die Frage, ob sie lieber von Linksgrün für ihre Rassismusäusserungen Applaus erntet oder auf die Unterstützung der SVP bei den Regierungsratswahlen hoffen soll.»

Mehr Geld für kurze Sitzungen

Wer diese Debatte live verfolgt hatte, kam zum Schluss, dass zahlreiche Voten als Spontanreaktionen fielen, denn nur so konnten wohl diese Hassaufrufe entstehen. In diesem Zusammenhang muss auf die Volksabstimmung in einer Woche hingewiesen werden, bei der es um die massiven Erhöhungen der Entschädigungen für den Gemeinderat geht. Dort erklärt die Mehrheit (SP, FDP, GLP, Grüne, Die Mitte und AL) die angebliche Vorbereitungszeit neben Partei-/Fraktionssitzungen als Begründung für diese massiven Erhöhungen. Im Abstimmungsbüchlein wird gar ein Aufwand von 30 Prozent erwähnt. Fakt ist: Eine normale Plenarsitzung wie diejenige an diesem Mittwoch dauert von 17.00 bis 20.00 Uhr drei Stunden. Dazu kommt in der Regel eine Kommissionssitzung von bis zu zwei Stunden. Das ergibt ein Total von fünf Stunden pro Woche. Die Mehrheit hat zudem am Sitzungsgeld festgehalten und nur diese Zeit wird verrechnet. Sollte eine Sitzung länger dauern, erhalten die Gemeinderatsmitglieder auch mehr Geld – bereits heute. Mit den höchsten Ansätzen im Vergleich zu vergleichbaren Parlamenten ist eine massive Erhöhung (Verdoppelung der Pauschalentschädigung auf 6000 Franken sowie 50 Prozent Zuschlag bei den Kommissionssitzungen auf mindestens 95 Franken pro Stunde) abzulehnen. Es gilt, den Volkswillen vom Vorjahr zu respektieren.

AUS DEM BEZIRK BÜLACH

Tiefenlager: Das Unterland zahlt den Preis

Bundesrat Rösti hat in Fisibach erstmals persönlich den Weg zur betroffenen Bevölkerung gefunden. Die Standortgemeinden erwarten mehr als warme Worte: Sie erwarten Mitsprache und eine faire Abgeltung für die Lasten, die das Unterland tragen soll.

Andreas Tassonyi
Stadtparlamentarier SVP
Bülach

Am 7. September ist Bundesrat Albert Rösti nach Fisibach gereist, um sich erstmals persönlich der Bevölkerung der Standortregion Nördlich Lägern zu stellen. Eingeladen hatten ihn die Gemeinden Stadel, Glattfelden und Weiach, jene Gemeinden also, in deren Gebiet dereinst das Tiefenlager für radioaktive Abfälle entstehen soll. Über 400 Personen kamen an jenem Montagabend ins Ebianum, um dem Energieminister zuzuhören. Draussen vor der Türe formierte sich zeitgleich eine Kundgebung von Kritikern, die dem Projekt skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Worum geht es konkret? Die Nagra hat Ende 2024 beim Bund das Gesuch für die Rahmenbewilligung eingereicht: für das eigentliche Tiefenlager im Gebiet Haberstal auf Stadler Boden und für die zugehörige Verpackungsanlage im aargauischen Würenlingen. Bis der Bundesrat über die Bewilligung entscheidet, dürfte es frühestens bis 2030 dauern. Danach hat aller Voraussicht nach das Stimmvolk das letzte Wort, mutmasslich im Jahr 2033.

Wenn Bern entscheidet, trägt das Unterland die Folgen

Für unsere Region ist das mehr als eine abstrakte Zahl auf einer bundesrätlichen Zeitachse. Es sind die Gemeinden vor Ort, die über Jahrzehnte mit den Konsequenzen leben müssen: mit Bautätigkeit und Verkehr während der Errichtung, mit dem Image als Standort für hochradioaktiven Abfall, mit den Auswirkungen auf Landwerte und die Attraktivität als Wohnregion. Genau hier setzt die eigentliche Gemeindepolitik an, weit weg von den grossen Reden in Bern.

Die betroffenen Gemeinden verhandeln seit geraumer Zeit mit den Betreibern der Kernkraftwerke über eine finanzielle Abgeltung für diese Lasten. Nach übereinstimmenden Berichten kommen diese Verhandlungen nur schleppend voran. Die Regionalkonferenz, in der sich die Standortgemeinden organisiert haben, bemüht sich um eine gemeinsame Stimme gegenüber Bund und Kraftwerksbetreibern. Das ist die eigentliche politische Knochenarbeit, die selten Schlagzeilen macht, aber langfristig entscheidet, ob sich unsere Gemeinden als Verlierer oder als fair behandelte Partner eines nationalen Projekts fühlen dürfen.

Zwischen nationalem Interesse und lokaler Selbstbestimmung

Rösti hat in Fisibach betont, der Prozess solle transparent, schrittweise und gemeinsam mit der Bevölkerung erfolgen, und dass die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle eine gesamtschweizerische Aufgabe sei, die man nicht kommenden Generationen überlassen dürfe. Das sind Worte, denen man grundsätzlich zustimmen kann, insbesondere aus einer Optik, die Verantwortung ernst nimmt statt Probleme wegzuschieben.

Doch Worte allein reichen nicht. Für unsere Leserschaft im Zürcher Unterland ist entscheidend, dass aus Versprechen konkrete Taten werden: eine zügige, faire Abgeltung, echte Mitsprache der Standortgemeinden und ein Verfahren, das die Region nicht bloss anhört, sondern tatsächlich einbezieht. Bezeichnend ist dabei, dass zusätzlich zum Tiefenlager auch die Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke zur Sprache kam, ein Thema, das die Diskussion um die künftige Kapazität des Lagers zusätzlich befeuert. Kritische Stimmen aus der Region befürchten dabei, dass ein grösseres Lager auch eine deutlich längere Bauzeit und noch mehr Belastung für die umliegenden Dörfer bedeuten würde, ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte bislang zu kurz kommt.

Am Ende bleibt ein Punkt, der aus staatspolitischer Sicht beruhigt: Die letzte Entscheidung liegt nicht bei einer Amtsstelle in Bern, sondern beim Stimmvolk. Das ist gelebte direkte Demokratie, wie sie unser Land seit jeher auszeichnet. Damit diese Abstimmung aber tatsächlich eine freie und informierte ist, braucht es bis dahin eines: dass sich das Unterland als ernst genommener Partner erlebt und nicht als blosse Verfügungsmasse eines nationalen Entsorgungsplans.

Für unsere Leserschaft im Zürcher Unterland ist entscheidend, dass aus Versprechen konkrete Taten werden. Bild: zVg

SVP AESCH

Ein Lob den Vereinen, SVP mit Wettmelken am Dorffest

Am Aescher Dorffest Ende August war das ganze Dorf auf den Beinen, um zu feiern – und mittendrin die SVP Aesch. Mit einem ehrenamtlichen Organisationskomitee unter der Leitung von Michael «Michi» Gut (seines Zeichens neu SVP-Vertreter in der RPK) wurde beim Feuerwehrgebäude zwei Tage lang eine kleine, aber feine Chilbi veranstaltet und ein Festzelt aufgestellt.

Das Motto «Vom Dorf fürs Dorf» motivierte die Aescher Vereine ausserordentlich und die Chilbi wurde gänzlich von eigenen Leuten auf die Beine gestellt. Ich muss es auflisten, denn so funktioniert ein Schweizer Dorf lobenswert: Der Knabenverein betrieb die Festwirtschaft, der Frauenverein organisierte die Tombola, der Feldschützenverein das Luftgewehrschiessen, der Turnverein das spektakuläre Harassenklettern und der Damen-Sport-Club die Kaffeestube. Die Feuerwehrleute betreuten das von der Gemeinde gesponserte Bullriding, der HEV das Glücksrad mit Giveaways, der Samariterverein den Sanitätsposten und die SVP das heitere Wettmelken.

Ferner konnte das OK das Comedy-Duo Messer & Gabel, den DJ Rivers, Pfarrer für den ökumenischen Gottesdienst, die Harmonie für das Frühschoppenkonzert, Hör- und Lungentest-Wagen engagieren. Der OK-Präsident Gut sagte wörtlich: «Jeder ist ein Puzzleteil vom Ganzen.» Die Besucher kamen in Scharen: Familien mit Kindern, festfreudige Jugendliche sowie Einheimische und Auswärtige. Und ich glaube, das SVP-Wettmelken wurde zum geheimen Favoriten der Festbesucher. Gross und Klein wollten unbedingt einmal an der von Swissmilk ausgeliehenen, lebensgrossen Kunststoff-Kuh eine Minute lang melken und Leistung zeigen. Ununterbrochen standen die Kinder und die Erwachsenen an, um das Melken zu erleben. Es machte allen riesigen Spass.

Über 200 Personen nahmen teil und alle bekamen ein Bhaltis. Gummibärli- oder Nastüechli-Päckli «Für eusi Lüüt» lagen neben den SVP-Beitrittsprospekten auf. Diskret-indiskret hingen zudem an den Wänden zwei Plakate: «Kein Krieg. JA» und «Nein zum Vegan-Zwang!». Das passte: Swissmilk und SVP.

Die jeweils drei Besten in den Kategorien des Melkwettbewerbs «Kinder bis 12 Jahre» und «Erwachsene» erhielten an der Preisverleihung Früchte- beziehungsweise Süssigkeitenkörbe, einen Zopf oder ein Glas Honig – alles Produkte von Aescher Landwirten. Bei den Kindern belegte Alina Stillhart den ersten Rang, Elisa Castagnetti den zweiten und Liam Morales den dritten. Bei den Erwachsenen belegte Stefan Lütolf den ersten Rang, Sandro Fellmann den zweiten und Manuel Gairing den dritten. Das Wettmelken stand unter der engagierten Leitung von Martin Hartmann, Vorstandsmitglied und SVP-Kantonsratskandidat.

Martin Hartmann (l.), Vorstandsmitglied und SVP-Kantonsratskandidat, mit den sechs Gewinnern im Wettmelken. Bild: zVg

Diego Bonato,
Präsident SVP Aesch

SVP ZÜRICH KREIS 11

Polit-Apéro mit Nationalrat Martin Hübscher

Am Freitag, 28. August 2026, fand der zweite Polit-Apéro der SVP Zürich Kreis 11 in diesem Jahr statt. Vorstandsmitglied und Kantonsrat Peter Schick konnte im Garten des Restaurants Bürgli in Zürich-Seebach den Referenten Martin Hübscher, Nationalrat und Regierungsratskandidat, begrüssen.

Das Thema war der EU-Unterwerfungsvertrag. Martin Hübscher informierte über die Bereiche Lebensmittel und Landwirtschaft. Am 30. Oktober 2026 wird die Personenfreizügigkeit im Fokus stehen. Dieser Teil wird dann von SVP-Nationalrat Mauro Tuena bestritten.

Ganz am Anfang seines Referates ordnete Hübscher das ganze Vertragspaket auf der Zeitschiene ein. Es wird von den EU-Turbos in Bundesbern alles unternommen, um das Vertragspaket so schnell wie möglich durch die Kommissionen zu bringen, was schon einmal sehr verdächtig klingt. Beim Thema Ständemehr kommt es noch besser. Die SVP muss das Referendum ergreifen und vermutlich zu mehreren Paketen die nötigen Unterschriften sammeln. Auch diesen Umweg müssen wir schaffen. Was Hübscher zu Lebensmitteln und Landwirtschaft sagte, tönte wie eine schlecht geschriebene Horrorgeschichte. Unsere SVP-Nationalräte haben das Vertragspaket gelesen – was man von den übrigen Parteien nicht behaupten kann. Während des offerierten Apéros wurde weiter diskutiert.

Peter Schick (r.) überreicht Martin Hübscher ein Präsent. Bild: zVg

Die SVP wird wieder einmal alleine gegen den Rest der Schweiz für eine freie, sichere und unabhängige Schweiz kämpfen.

Peter Schick,
Kantonsrat SVP

LESERBRIEF

Für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Diesen Winter beginne ich meine RS als Sappeur. Der Weg dahin war ein Kampf: Wegen meiner Sehschwäche wurde ich zunächst als doppeluntauglich eingestuft. Ich legte Rekurs ein und wurde ein halbes Jahr später für militärdiensttauglich erklärt. Darauf bin ich stolz. Ich will Verantwortung übernehmen und unsere Heimat im Ernstfall verteidigen.

Mein Einsatz gilt der Schweiz. In fremden Kriegen für die Interessen anderer Staaten zu kämpfen, kommt für mich nicht infrage. Deshalb sehe ich eine engere Anbindung an die NATO kritisch. Unsere Sicherheit braucht eigenständige Entscheidungen und eine glaubwürdige Neutralität.

Die Schweiz soll ein Ort bleiben, an dem Konfliktparteien miteinander sprechen und Frieden aushandeln können. Unsere bewaffnete, immerwährende Neutralität und eine starke Armee gehören zusammen: Sie dienen unserer Unabhängigkeit und dem Schutz unserer Bevölkerung.

Darum sage ich am 27. September JA zur Neutralitätsinitiative. Für eine Schweiz, die sich verteidigen kann, ihre Eigenständigkeit wahrt und sich für Frieden einsetzt.

Aaron Gafner,
Hombrechtikon

KOPFTUCHVERBOT IN DER SCHULE – WIE WEITER?

Stolpersteine für ein Kopftuchverbot?

Die SVP verbuchte im Kantonsrat einen Grosserfolg. Ihre Motion für ein Verbot des Kopftuches für Lehrerinnen und Schülerinnen wurde angenommen. Die «NZZ» nannte in einem Artikel drei Stolpersteine für ein Kopftuchverbot und orakelte, eine von der SVP ins Auge gefasste Volksinitiative wäre wohl ungültig.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Viele Interessierte stellten mir in den letzten Tagen die Frage, wie es weitergeht. An sich wurde in der «NZZ» nicht zu Unrecht auf drei Probleme aufmerksam gemacht, die sich bei der Einführung des Kopftuchverbotes in der Schule stellen: gesetzliche Grundlage, Vorhandensein eines öffentlichen Interesses und Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit. Die Schaffung einer klaren und einwandfreien gesetzlichen Grundlage wird jedoch von der SVP gerade angestrebt. Dies ist vorab aber nicht das Problem der SVP. Da der Kantonsrat deren Motion mehrheitlich gutgeheissen hat, ist es nunmehr an der Exekutive, eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten. Diese muss dem Kantonsrat binnen Frist vorgelegt werden.

Gesetzliche Grundlage

Gefordert ist nun vorerst der Regierungsrat. Es darf erwartet werden, dass er eine klare gesetzliche Grundlage ausarbeiten wird – und zwar für Lehrerinnen und Schülerinnen. Andernfalls wird die SVP in Erwägung ziehen, eine Volksinitiative zu lancieren. Vermutlich auch dann, wenn der Kantonsrat einem umfassenden Kopftuchverbot in der Schule nicht zustimmen sollte.

Öffentliches Interesse

Allgemein ist dies Voraussetzung eines Verbotes, wenn eine Einschränkung eines Grundrechts infrage steht. Selbst Gegner eines umfassenden Verbotes anerkennen, dass infolge der neuen Herausforderungen das öffentliche Interesse an einem Verbot zugenommen hat. Der Islam wird aggressiver und die Befürchtungen der einheimischen Bevölkerung nehmen zu. Der Schulfrieden wird immer mehr beeinträchtigt und ein effizienter Schulbetrieb stärker gestört. Gerade angesichts des Leistungseinbruches in der Schule braucht diese Ruhe. Es geht auch um die in unserer Verfassung garantierte Gleichstellung der Geschlechter. Die Volksschule als öffentliche Schule muss sodann neutral sein. Das Bundesgericht forderte dies schon beim Kruzifix-Prozess. Heute besteht ein noch höheres öffentliches Interesse an den geforderten Massnahmen.

Verhältnismässigkeitsprinzip

Es ist unbestritten und wird auch durch die Bundesverfassung bekräftigt, dass alle Beschränkungen eines Grundrechts, hier der Glaubensfreiheit, verhältnismässig sein müssen. Das gilt auch für das Kopftuchverbot. Es stellt sich die Frage, ob das Ziel auch mit geringeren Massnahmen erreicht werden kann. Leider sind die Erfahrungen in der Praxis dazu negativ. Eine mildere Lösung ist unmöglich. Einsicht ist leider bei muslimischen Lehrpersonen und muslimischen Eltern fremd. Zu sehr sind sie in ihrem absoluten Glauben verhaftet.

Ist eine allfällige Volksinitiative ungültig?

Die SVP behält sich eine Volksinitiative vor. Das ist durchaus legitim. Man hat leider damit zu rechnen, dass der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage erarbeitet, die nicht genügt, oder man muss in Betracht ziehen, dass der Kantonsrat mehrheitlich von seiner Meinung, die er bei der Annahme der Motion eingenommen hat, abweicht. Es ist m. E. vermessen, heute, wie die «NZZ» es tut, auch mit einem Untertitel zu suggerieren, eine allfällige Volksinitiative werde für ungültig erklärt – dies ganz ohne Kenntnis des dannzumaligen Initiativtextes und in klarer Unkenntnis der Entwicklung der Bedrohungslage.

BLICK HINTER DIE KULISSEN DER ELEKTROMOBILITÄT

SVP Rorbas-Freienstein-Teufen zu Gast bei KYBURZ Switzerland

Ein faszinierender Einblick in modernste Schweizer Produktionstechnik stand kürzlich auf dem Programm der SVP-Sektion Rorbas-Freienstein-Teufen. Die Mitglieder durften eine exklusive, rund 1,5-stündige Betriebsbesichtigung bei der KYBURZ Switzerland AG erleben.

Die Firma, die vor Kurzem ihren modernen Hauptsitz im benachbarten Embrach bezogen hat, gilt als absoluter Pionier im Bereich nachhaltiger Transportlösungen.

Kompetent und kurzweilig durch den Betrieb geführt wurde die Gruppe von Daniel Honegger. Er gab den Teilnehmern einen tiefen Einblick in die hiesige Produktion und den weltweiten Absatz der diversen Elektrofahrzeuge. Beeindruckend ist vor allem die enorme Marktpräsenz: Weltweit sind mittlerweile über 30 000 KYBURZ-Fahrzeuge im täglichen Einsatz. Zum absoluten Kernmarkt gehört die Logistikbranche auf der sogenannten «letzten Meile». Allen voran prägt das dreirädrige Erfolgsmodell KYBURZ DXP als offizielles Zustellfahrzeug der Schweizerischen Post seit Jahren das Strassenbild. Aber auch internationale Postbetriebe, Gemeinden, Industriebetriebe und Privatpersonen zählen zum treuen Kundenkreis.

Auf dem Areal konnten die SVP-Mitglieder bei einem packenden Fahrerlebnis selbst aktiv werden. Bild: zVg

Das grosse Highlight des Besuchs wartete nach dem Rundgang: Auf dem Areal konnten die SVP-Mitglieder bei einem packenden Fahrerlebnis selbst aktiv werden. Die spritzigen Elektrofahrzeuge durften bei einer Probefahrt ausgiebig getestet werden, was für sichtlich begeisterte Gesichter sorgte.

Nach der spannenden Führung dislozierte die Gesellschaft auf den Hof von Daniel Schütz (ehemals HP Schurter). Dort war für alle Teilnehmer ein feiner Imbiss vorbereitet. Bei Speis und Trank fand der informative Spätnachmittag ein rundum gelungenes und gemütliches Ende. Die SVP-Sektion bedankt sich herzlich bei Daniel Honegger für die tolle Führung sowie bei den Gastgebern für die grosszügige Bewirtung.

Barbara Grüter,
Kantonsrätin SVP

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonerstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
sekretariat@svp-zuerich.ch
www.svp-zuerich.ch

Volksabstimmung vom 27. September 2026

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»	JA
2. Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»	NEIN

Kantonale Vorlagen

1. Lehrpersonalgesetz (LPG) (Änderung vom 2. März 2026; Anpassung neu definierter Berufsauftrag)	NEIN
2. Patientinnen- und Patientengesetz und Gesundheitsgesetz (Änderung vom 30. März 2026; Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen»)	NEIN

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Dienstag, 27. Oktober 2026, 17.30 Uhr, Jassturnier, Dänus Lounge, Seestrasse 27, Pfäffikon, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 18. Oktober 2026 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 18. September 2026, 18.30 Uhr, Herbstparty, Schützenhaus, Schützenhof 5, Russikon, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Weitere Informationen unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Zürich/Kreis 6 & 10
Samstag, 3. Oktober 2026, 14.00 Uhr, Buchvernissage: «Wipkingen 1940 – Widerstand in allen Formen». Lichtbildvortrag von Martin Bürlimann und Kurt Gammeter, mit Führung durch den Landenberg-Bunker. Habsburgstrasse, Eingang zur Sanitätshilfsstelle Landenberg. Platzzahl beschränkt, Anmeldung: info@wibichinga.ch oder 078 640 84 18.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 19. September 2026, 09.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 19. September 2026, 19.30 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 20. September 2026, 10.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

Samstag, 24. Oktober 2026, 19.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Samstag, 7. November 2026, 18.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 21. November 2026, 18.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 25. September 2026, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Kosten: 68 Franken. Anmeldung an wanner@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 18. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham ZG, mit den Nationalräten Magdalena Martullo-Blocher, Martin Haab und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Sonntag, 20. September 2026, 09.30 Uhr, Gipfeltreffen der Kantone SG/TG/ZH, Mehrzweckhalle, Kirchweg 5, Mühlrüti SG, mit Nationalrat Bruno Walliser.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Schützenhaus, Schützehusstrass 7, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 09.45 Uhr, Alträte-Treffen, WIN4 Ballsport-Arena, Grüzefeldstrasse 32, Winterthur. Besuch und Führung. Weitere Informationen unter t.f.weber@bluewin.ch.

Donnerstag, 22. Oktober 2026, 19.00 Uhr, Fiire mit de SVP, Chesselhuus, Tumbelenstrasse 6, Pfäffikon. Dresscode: Rot-Weiss oder Edelweiss. 1 Essen und 1 Getränk offeriert. Anmeldung via Webseite erforderlich.

Freitag, 13. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — ISSN 2296-3480 — Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Kantonsrat Zürich — Parlamentsdienste

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein Ersatzmitglied für das Obergericht (SVP)

per 1. Oktober 2026 für den Rest der Amtsdauer 2025-2031

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht.

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1991 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie im Internet unter www.gerichte-zh.ch

Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67 (erreichbar am Montag, Dienstag und Donnerstag)

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum 29. September 2026 unter folgendem Bewerbungslink: